

Sozialsysteme am Scheideweg

Wolfgang Steiger

warnt, dass es mit einer weiter steigenden Abgabenlast keinen Aufschwung in Deutschland geben wird und mahnt eine Kurskorrektur an.

Die Wirtschaftsweisen prognostizieren für 2025 ein Nullwachstum. Das ist ein Warnsignal, das nicht wirklich überrascht. Deutschlands wirtschaftliche Stagnation ist Folge einer Politik, die ökonomische Realitäten verdrängt und das Sozialsystem weiter überfrachtet. Die Abgabenlast für Arbeitnehmer und Unternehmen zählt schon heute zu den höchsten weltweit. Weitere Beitragserhöhungen drohen Beschäftigung zu entmutigen und Kapital ins Ausland zu treiben.

Besonders alarmierend ist die Perspektive für die Rentenversicherung. Bis zum Jahr 2036 überschreiten 16,5 Millionen Babyboomer die Regelaltersgrenze. Kamen 2022 auf 100 Personen im Erwerbsalter noch knapp 30 Menschen über 67, werden es im Jahr 2040 etwa 41 sein. Sähe man diesem zunehmenden Ungleichgewicht zwischen Jungen und Älteren tatenlos zu, stiege der Rentenversicherungsbeitrag bis 2040 auf unfassbare 48 Prozent. Daran haben die Rentengeschenke der vergangenen Regierungen, insbesondere der vergangenen großen Koalitionen, ihren traurigen Anteil: Mütterrente, Grundrente, Rente mit 63. Die Jungen zahlen jeweils die Zeche.

Tatsächlich verschärfen die aktuellen Rentenpläne der neu aufgelegten schwarz-roten Koalition die Ungleichbehandlung zwischen den Generationen: Mit Fixierung



Der Gastautor ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

des Rentenniveaus und weiterer Ausbaustufe der Mütterrente werden die Lasten für die Beitragszahler noch weiter steigen. Dabei wäre ein Kurswechsel möglich und muss nun mit Hochdruck erfolgen. Wir brauchen echte Reformen statt populistischer Nebelkerzen wie die Forderung der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas (SPD), Selbstständige und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Damit bedient sie vielleicht Resentiments gegenüber diesen Gruppen, würde die Schieflage der gesetzlichen Rentenversicherung letztlich jedoch weiter verschärfen: Zwar gäbe es damit zusätzliche Einnahmen, allerdings wären zukünftig noch die zusätzlich erworbenen Rentenansprüche der Selbstständigen und Beamten zu bedienen.

Eine echte, wirksame Reform muss die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung koppeln und so über den 67. Geburtstag hinaus ansteigen lassen, die Kapitaldeckung stärken und private wie betriebliche Vorsorge attraktiver gestalten. Die Versuchung, notwendige Reformen der sozialen Sicherungssysteme aufzuschieben und über neue Schulden zu kaschieren, ist groß. Doch gerade deshalb ist die Schuldenbremse so wichtig: als Schutz der jungen Generation vor einer Politik zulasten der Zukunft. Eine Reformdebatte darüber muss unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit geführt werden, nicht mit dem Ziel, die Schuldenmacherei zulasten der Jungen zu erleichtern.

Die wirtschaftliche Lage zeigt: Deutschland steht am Scheideweg. Entweder gelingt der Einstieg in eine wachstumsorientierte Reformpolitik, oder das Land droht in einem teuren Status quo zu verharren. Friedrich Merz hat Recht: Die Neuordnung der Sozialsysteme ist die größte gesellschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre. Wer Wohlstand, soziale Sicherheit und Generationengerechtigkeit will, muss den Mut zu unbequemen Wahrheiten aufbringen. Denn klar ist: Einerseits sind stabile Sozialabgaben die Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität. Andererseits gibt es ohne wirtschaftliches Wachstum auf Dauer keinen sozialen Frieden.